

Die Vereinigten Staaten vor den Präsidentschaftswahlen

Wohin steuern die USA?

Nach den Conventions, den Parteiversammlungen der Republikaner und der Demokraten, steht die Konstellation für die US-Präsidentschaftswahlen fest: Donald Trump gegen Hillary Clinton. Beide Conventions haben gezeigt, dass die beiden Lager intern zerrissen sind. Das entsprach dem Eindruck, den ich in vielen Gesprächen vor Ort im Rahmen einer Austauschreise der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit dem American Jewish Committee (AJC) vom 10. bis zum 18. Juli gewonnen habe.

Zur republikanischen Convention sind viele gemäßigte Republikaner gar nicht erst erschienen. Selbst ehemalige republikanische Abgeordnete sind der Convention lieber ferngeblieben. Die offen Trump-kritische Rede des unterlegenen Präsidentschaftsbewerbers Ted Cruz sowie Geschäftsordnungsdebatten haben den Eindruck der Zerrissenheit verstärkt. Dennoch hat Donald Trump eine Menge enthusiastischer Anhänger, gerade bei weißen Männern ohne Hochschulausbildung.

Und auch die Demokraten bieten keineswegs ein Bild der Geschlossenheit. Bernie Sanders konnte mit progressiven Thesen zur Sozialpolitik vor allem viele junge Wähler hinter sich scharen. Hillary Clinton steht dagegen wie kaum eine andere Politikerin für das politische Establishment in Washington. Affären wie die Speicherung dienstlicher Nachrichten auf privaten e-mail-Servern oder die Ermordung des US-Botschafters im libyschen Bengasi während ihrer Amtszeit als Außenministerin, haben das Vertrau-

en in ihre Person und in ihre Führungsqualitäten nachhaltig geschwächt. Gespräche unserer Delegation im Rahmen der KAS-AJC-Reise ergaben, dass selbst gemäßigte, gut ausgebildete und beruflich erfolgreiche Wähler, die traditionell Demokraten wählen, derzeit überlegen,



ob sie überhaupt wählen gehen sollten. Denn auch Hillary Clinton erscheint vielen dieser Gesprächspartner als kaum wählbar.

Es spricht also einiges dafür, dass die Wahlbeteiligung historisch niedrig sein wird. Welcher der Kandidaten in einer solchen Situation in den wichtigen „swing states“ wie Ohio oder Florida die Nase vorn hat, ist derzeit völlig offen. Wer in Deutschland am 8. November mit der Gewissheit ins Bett geht, Hil-

lary Clinton habe angesichts ihrer jahrzehntelangen politischen Erfahrung und eines populistischen Gegners praktisch schon gewonnen, könnte morgens mit einem Präsidenten Trump aufwachen. Wer dies für unrealistisch hält, möge sich an den Brexit-Schock erinnern, den viele Beobachter in Deutschland am Morgen des 24. Juni erlitten.

Was bedeutet das für uns? Sicher wäre Hillary Clinton eine außenpolitisch berechenbare Präsidentin, die wir bereits als ehemalige US-Außenministerin und First Lady kennen. Am Beistand der USA für die europäischen NATO-Partner lässt sie – anders als Donald Trump – keinen Zweifel. Doch machen wir uns nichts vor: Auch die Demokraten pochen auf eine signifikante Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushaltes und auf mehr Engagement unseres Landes für die Sicherheit Europas. Die Gespräche im Rahmen der KAS-AJC-Reise bestätigten dies. Wer also auch immer ins Weiße Haus einziehen wird: Deutschlands Verantwortung in der Welt wird größer werden. In jedem Fall wird der Ruf danach lauter – ganz

gleich, wie die Wahlen in den USA ausgehen werden.



Dr. Christopher Verlage ist Fraktionsreferent im Büro des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion. Dr. Franz Josef Jung. Im Rahmen einer Informationsreise der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und des American Jewish Committee (AJC) vom 10. bis 18. Juli 2016 führte er Gespräche mit Politikern und Experten in Washington DC, New York City und Dallas.